

95/E/XXIII.GP

Entschließung

des Nationalrates vom 24.9.2008

betreffend die Steuer- und Finanzpolitik Österreichs im Lichte der globalen Finanzkrise

Der Bundesminister für Finanzen wird ersucht, dem Nationalrat Regelungen vorzulegen, die das Aufsichtsrecht noch effizienter und effektiver durchsetzen lassen. Dazu zählen u.a. spezielle Bestimmungen zur Beschränkung manipulativer Short Selling-Transaktionen sowie kapitalmarktorientierte Kommunikationsbestimmungen.

Der Bundesminister für Finanzen wird aufgefordert, dazu beizutragen, dass österreichische KMUs einen möglichst hohen Anteil an den Kreditmitteln der EIB erhalten.

Der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit wird um eine Fortsetzung der Internationalisierungs-offensive ersucht, um den erfolgreichen Weg der österreichischen Exportwirtschaft in den letzten Jahren und die damit verbundene Sicherung von Arbeitsplätzen fortzusetzen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sicherzustellen, dass die für 2010 geplanten F & E-Ausgaben von 3% des BIP tatsächlich erreicht werden.